

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/21

Bonn, den 30. Januar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1b	Die Bluttat am Deltowkanal ----- Wer stört die Friedensbemühungen? Von Herbert Wehner, Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen	126
1b	Saarland ----- Eine notwendige Erinnerung	25
2 - 3	Ist wirklich genug getan? ----- Gedanken zur 9. Novelle des Lastenausgleichgesetzes Von Dr. Heinz Kreutzmann, MdB	67
4	Mitteldentscher Alltag ----- Haushaltsplan Getberlin - Dresden - Landwirtschaft	46
5	Raumplanung in Dänemark ----- Kreisfreie Städte soll es nicht mehr geben + + +	41

Die Bluttat am Teltowkanal

Wer stört die Friedensbemühungen ?

Von Herbert Wehner,

Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen

Am 7. Januar 1967 machte ich darauf aufmerksam: "Walter Ulbrichts Neujahrsvorschläge enthalten die Aufforderung, eine auf paritätischer Basis aus bevollmächtigten Vertretern gebildete Kommission von beiden Seiten damit zu beauftragen, zu prüfen" - wie Herr Ulbricht es ausdrückt - "wieweit die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, welche die Sicherung des Friedens und der Demokratie in Deutschland garantieren sollten, in den beiden deutschen Staaten durchgeführt worden sind".

Diese Kommission soll - so hatte Herr Ulbricht gesagt - öffentlich Bericht erstatten über das Prüfungsergebnis und Vorschläge machen für eventuell notwendige Maßnahmen.

"Das ist ein nachdenkenswertes Vorschlag", hatte ich zu diesem Punkt der Neujahrsvorschläge Ulbrichts gesagt, und ich hatte hinzugefügt: "Ungeachtet der enttäuschenden Sturheit, mit der Walter Ulbricht in seinen übrigen Punkten an den nachweisbaren Handlungen und Erklärungen der Bundesregierung vorübergegangen ist." "Nachdenkenswert" hatte ich gesagt, weil es sich lohnen könnte, zu überlegen: Wenn gewisse Aspekte des Potsdamer Abkommens, auf die Herr Ulbricht so Bezug nimmt, interessant erscheinen, um zu untersuchen, über das Prüfungsergebnis Bericht zu erstatten und vielleicht sogar Vorschläge für eventuell notwendige Maßnahmen zu machen, warum könnte man dann nicht auch einige weitere Aspekte des Potsdamer Abkommens zum Gegenstand von aktuellen Überlegungen und gegebenenfalls von Vorschlägen für eventuell notwendige Maßnahmen machen? Könnte das - so hatte ich gefragt - nicht einen Versuch lohnen? Darüber weiter zu sprechen, wäre wohl die Mühe wert. Allerdings erschiene dies eigentlich nur dann nützlich, wenn der Eindruck aus der Welt geschafft werden könnte, als käme es in Grunde genommen nur darauf an, die Attacken gegen die Bundesregierung unter Verschweigen der tatsächlichen Handlungen und Absichten der Bundesregierung möglichst wirkungsvoll vorzubringen.

Am 14. Januar, eine Woche später also, hatte ich den Vorschlag noch einmal aufgegriffen und erläutert, aber die andere Seite hatte umgeschaltet. Die Sache mit den Kommissionen war von ihr offenbar zurückgestellt worden.

Nehmen wir einmal an, es gäbe eine solche Kommission. Und nehmen wir weiter an, sie hätte öffentlich Bericht zu erstatten über ihr Prüfungsergebnis.

Welche Rolle hätte in ihrem Bericht und in ihren Vorschlägen wohl die grausige Bluttat am Teltowkanal spielen müssen, die auf Westberliner Gelände durch die sinnlose und irrsinnige Schießerei von Grenzpolizisten, die vom sowjetisch kontrollierten Gebiet aus operieren, Menschenleben gekostet hat?

Diese grausige Bluttat am Teltowkanal ist ein schlimmes Zeugnis für die Geistesverfassung, in der sich diejenigen befinden, die für die irrsinnigen Schießereien verantwortlich sind. Wollen sie vielleicht vor aller Welt dokumentieren, daß sie schießen, wenn sich alle Welt bemüht,

den Frieden sicherer zu machen. Wollen sie dokumentieren, daß sie mit der einen Hand einen Vertrag über die friedliche Nutzung des Weltraums unterzeichnen, während die andere Hand die tödlichen Schüsse aus Maschinenpistolen auslöst, die das Leben von Menschen auslöscht, die von Deutschland nach Deutschland wollen? Oder wollen sie damit einfach beweisen, daß sie auf alles schießen?

Es wird Zeit, alle Beteiligten an die Realitäten zu erinnern. Der Boden, von dem aus die schießwütigen Grenzpolizisten operieren, steht unter sowjetischer Kontrolle. Der Boden, auf dem die Schüsse einschlagen, steht unter westallierter Kontrolle. Deutsche morden Deutsche im Schutze der Vier Mächte, die einmal besondere Verantwortung übernommen hatten, als die militärischen Kampfhandlungen des Zweiten Weltkrieges beendet worden waren. Ist es nicht an der Zeit, daß diese Mächte sich der Verantwortung erinnern, die sie einst übernommen haben? Haben sie keine Zeit, wenigstens an dieser Stelle zu zeigen, daß sie irrsinnige Schießereien unterbinden wollen und können?

Von der deutschen Gegenseite im sowjetisch kontrollierten Gebiet weiß man inzwischen, daß sie auch durch Schießen unter Beweis stellen möchte, sie sei souverän. Wann halten es die Schutzmächte für angebracht, ihrerseits deutlich zu machen, daß die Realitäten im geteilten Berlin andere sind als es die wahrhaben wollen, die darauf schießen?

Es wird der deutschen Gegenseite im sowjetisch kontrollierten Gebiet nicht gelingen, uns - hier auf dieser deutschen Seite - durch Schießen einzuschüchtern. Deshalb erhofft sie sich wenigstens eine so weitgehende Irritation, daß sie wiederum im Trüben fischen könnte.

Vor sechs Wochen trafen sich in Paris die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten mit dem deutschen Außenminister Brandt. Sie erinnerten in ihrer Schlußverlautbarung daran, daß diese Begegnung genau acht Jahre nach dem Treffen der Außenminister Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland mit dem damaligen Regierenden Bürgermeister Willy Brandt stattfand, in der Willy Brandt über die Lage Berlins berichtet hatte. Nunmehr bekräftigen die Außenminister erneut, daß ihre Regierungen weiterhin für die Sicherheit und Lebensfähigkeit des freien Berlin verantwortlich sein würden.

Die Außenminister Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten nahmen im Dezember 1966 die Absicht der Bundesrepublik Deutschland zur Kenntnis, menschliche, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu entwickeln. Sie unterstrichen, daß es bei diesen Kontakten insbesondere darum geht, die menschliche Not zu lindern, die eine Folge der Spaltung des deutschen Volkes ist. Die drei Außenminister erklärten, daß sie die Ansichten der Bundesregierung teilen und diese Bemühungen in Rahmen der ihren eigenen Regierungen obliegenden Verantwortlichkeiten fördern werden.

Der Prozeß fortschreitender Entspannung mit dem Ziel, den Frieden sicherer zu machen, ist kein Spiel mit Worten, die mit Schüssen verknüpft werden können. Wer diesen Prozeß fortschreitender Entspannung fördern will, muß sich darum bemühen, daß das Schießen aufhört. Sonst könnte die Situation entstehen, daß diejenigen das letzte Wort behielten, die in Wirklichkeit durch Schießen die Probleme lösen wollen, die doch nur in einem Prozeß fortschreitender Entspannung lösbar gemacht werden können.

Die Bemühungen der Großmächte, zum Beispiel durch ein Abkommen über die friedliche Nutzung des Weltraums den Prozeß fortschreitender Ent-

spannung zu fördern, dürfen nicht torpediert werden durch die Schritte, die hier im Herzen Mitteleuropas Menschenleben auslöschten und die, setzte man diesem Treiben nicht ein Ende, schließlich den Bemühungen um fortschreitende Entspannung den Boden entziehen könnten.

Aber wer soll - wenn nicht die verantwortlichen Mächte selbst - solchen Versuchen, den Prozeß fortschreitender Entspannung am Boden zu stören, ein Ende machen?

Es ist an der Zeit, die für das Schließen Verantwortlichen an die Realitäten zu gemahnen. Es gehört zu den Realitäten der Nachkriegszeit, daß auf deutschem Boden die Vier Mächte, die am Schluß des Zweiten Weltkrieges eine besondere Verantwortung übernommen hatten, dafür zu sorgen haben, daß das Nebeneinander der auf deutschem Boden bestehenden Machtverhältnisse friedlich geregelt wird, bis durch eine Friedensregelung, die gefunden werden muß, die Deutschen - wie andere Völker auch - ihre inneren Angelegenheiten im Rahmen der für a l l e geltenden internationalen Bestimmungen voll souverän ordnen können.

+ + +

Saarland

Eine notwendige Erinnerung

sp - Elf Jahre lang hat es in der Nachkriegszeit eine Saarfrage gegeben. Zuweilen nahm sie explosive Formen an, und manchmal schien es, als würde an dieser leidigen Frage das große Werk der deutsch-französischen Verständigung scheitern. Doch diesen Nachkriegsgefechten einer veralteten deutsch-französischen Rivalität blieb zum Schluß der Erfolg versagt. Genau vor zehn Jahren wurde das Saarland, seinem Wunsch gemäß, ein deutsches Bundesland. Das war das Ergebnis von langen und zähen Verhandlungen. Die schließliche Regelung erfolgte auf der Basis von Verständigung und Kompromiß, bisher immer noch die besten Mittel, strittige Probleme zwischen Staaten und Völkern für a l l e zufriedenstellend zu lösen. Frankreich respektierte das Ergebnis der vorangegangenen Abstimmung, in der eine große Mehrheit der Saarländer das ihnen zur Annahme empfohlene Statut einer "Europäisierten Saar" ablehnte und den Wunsch bekundete, mit dem deutschen Volk wieder unter einem Dache zu wohnen. Dieser Sieg politischer Vernunft legte die letzten Hindernisse für eine dauernde deutsch-französische Zusammenarbeit hinweg, er bewies der Welt, daß die Tore für eine friedliche und gesicherte Zukunft weit geöffnet werden können, sofern der gute Wille auf allen Seiten da ist.

In Westeuropa gibt es keine Grenzfragen mehr und keine Emotionen, die sich daran entzündeten. Von Mittel- und Osteuropa kann man das leider noch nicht sagen, man kann nur hoffen, daß der europäische Geist, der bei der Regelung der Saarfrage am Werke war, auch eines Tages das Verhältnis unseres Volkes zu unseren östlichen Nachbarn bestimmen wird. Darauf hinzuarbeiten und die Wege zu ebnen, bleibt der eigentliche Sinn deutscher Ostpolitik.

+ + +

Ist wirklich genug getan ?

Gedanken zur 19. Novelle des Lastenausgleichgesetzes

Von Dr. Heinz Kreuzmann, MdB

Niemand kann behaupten, das Lastenausgleichsgesetz sei ein besonders populäres Gesetz. Diejenigen, die die Mittel dafür aufbringen müssen, sind darüber verärgert. Weite Bevölkerungskreise sehen in den Leistungen des Gesetzes nur eine Gabe an die "Flüchtlinge". Sie vergessen, daß diese mit ihren Vermögensverlusten deutsche Kriegsschulden gewissermaßen als Vorleistungen bezahlten und zunächst einmal mit leeren Händen dastanden.

So wird leicht übersehen, wie entscheidend dieses Gesetz dazu beigetragen hat, den sozialen Frieden im Innern zu festigen und als Stimulans für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik zu dienen. Dabei ist es zweifellos falsch, immer wieder das Lastenausgleichsgesetz mit mittelfristigen Finanzplanungen in Zusammenhang zu bringen. Es sollte sich längst herumgesprochen haben, daß die LAG-Mittel zum weitaus größten Teil aus einem Sonderaufkommen fließen und der Prozentsatz, der aus den öffentlichen Haushalten kommt, von Anfang an als ein fester Bestandteil der Gesetzgebung festgelegt war.

Die LAG-Mittel haben jedoch gleichzeitig dazu gedient, den Staat von wesentlichen Aufgaben zu entlasten, die er ansonsten doch hätte übernehmen müssen: Der größte Teil der Unterhaltshilfeempfänger aus dem LAG müßte bei seinem Alter und seiner vielfach ungesicherten Situation Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Die Hausratshilfe, deren erste Raten hauptsächlich in den fünfziger Jahren anliefen, hat damals mit entscheidend dazu beigetragen, Handel, Handwerk und Gewerbe die notwendige "Blutzufuhr" zu liefern. Die Aufbauhilfen aber haben die Hauptflüchtlingsländer in die Lage versetzt, ihre Gebiete mit einer Vielzahl von Mittel- und Kleinbetrieben zu durchdringen, die ihnen vielfach fehlten. Sie hatten dabei die Möglichkeit, ihre Landesmittel zu sparen und mit Hilfe ihrer Strukturverbesserungspläne noch zusätzliches leisten zu können, was schließlich der Gesamtbevölkerung ihrer Länder zugute kam.

Die Mittel aus dem LAG haben also eine für die Staatshaushalte und die Volkswirtschaft gleichermaßen erfolgreiche Verwendung gefunden.

Vertriebene und Flüchtlinge konnten mit fortschreitendem Erfolg eingegliedert werden und sind nicht die Stiefkinder des Wirtschaftswunders geblieben. Manche von ihnen haben sich sogar bessere Existenzen schaffen können, als sie jemals zu Hause hatten. Das gilt insbesondere für jene, die aus ost- oder südosteuropäischen Kleinstaaten gekommen sind, deren Wirtschafts- und Absatzmöglichkeiten nicht mit denen der Bundesrepublik zu vergleichen waren und sind. Dennoch läßt die Lastenausgleichsgesetzgebung noch Probleme offen. Das gilt insbesondere für die Eingliederung der heimatvertriebenen Bauern und die Altersversorgung dieser Bauern und der anderen ehemals Selbständigen.

Die heimatvertriebenen Bauern haben den besonderen Dank unseres Volkes verdient. Sie waren es, die in den Hungerjahren nach dem Krieg in erster Linie der Landwirtschaft die notwendigen Arbeitskräfte stellten, die diese benötigte, um das Minimum an Ernährung zu sichern. Sie haben damals vielfach als Landarbeiter zugepackt, ohne Rücksicht darauf, ob sie zu Hause selbständig waren oder nicht. Ihre Eingliederung hat sich als besonders schwer erwiesen. Ihre Altersversorgung nicht weniger, da ja einmal ihr ganzes Leben darauf eingestellt war, die Altersversorgung im Ausgedinge durch den Besitz gesichert zu sehen. Ihr Besitz ist ebenso verloren wie der der meisten anderen Selbständigen, die auch einmal Häuser, Grundstücke, Betriebsbeteiligungen und Ähnliches als Alterssicherung ansahen und danach ihr Leben eingerichtet hatten.

Wenn darum angeregt worden ist, bei der Verbesserung der Hauptentschädigung besonders die mittleren Vermögensgruppen bevorzugt zu berücksichtigen, dann steckt dahinter ein Sinn. Die meisten Vermögensverluste der Bauern und ehemals Selbständigen stecken in den Schadensgruppen zwischen 35.000 und 80.000 DM. Ihnen könnte mit einer Verbesserung der Leistungen über das vorgesehene Maß hinaus wenigstens in etwa zu einer Altersversorgung verholfen werden, die der näher kommt, die andere aufgrund wohlerworbener Rechte bei weit geringeren Vermögensverlusten längst erhalten. Notfalls sollte man bereit sein, selbst Kürzungen an den oberen Enden der Skala vorzunehmen, um dieses Ziel zu erreichen. Es würde damit bestimmt nicht Unrecht, aber sicherlich ein Stück mehr Recht geschaffen werden.

Mitteldeutscher Alltag

Haushaltsplan Ostberlin - Dresden - Landwirtschaft

OS - Der Haushaltsplan für die "Hauptstadt der DDR" ist durch die Stadtverordnetenversammlung verabschiedet worden. Die Ein- und Ausgaben betragen für das Jahr 1967 2 048 Milliarden MDN (Mark Deutsche Notenbank). Wichtigste Aufgabe im Planjahr 1967 ist der Aufbau des Städtzentrums mit dem Schwerpunkt eines Batauungsplanes am Alexander-Platz. Mehrere Hochhäuser, ein Großhotel, Tiefbauten und Straßenverlegungen sind in den Programm eingeschlossen. Insgesamt sollen für diese Maßnahmen 350 Millionen MDN aufgewendet werden. Das sind in diesem Jahr 100 Millionen MDN mehr als im Vorjahr.

* * *

Der Vorschlag des CDU-Abgeordneten Dichgans, aus Bundesmitteln die Dresdner Semper-Oper wieder aufzubauen, stieß auf eisige Ablehnung durch den Rat der Stadt und die SED in Dresden. Aus Dichgans Vorschlag wurde ein Politikum von hohem Rang gemacht. Die Nachrichtenagentur ADN gab bekannt, daß für die Restaurierung historischer Bauten in Dresden bisher 55 Millionen MDN bzw. Ostmark aufgewendet worden sind. Für die Wiederherstellung des 400 Jahre alten Georgentors wurden 2,6 Millionen MDN verbraucht. Das "Italienische Dörfchen" das Johanneum (Semper-Galerie), und die steinernen Heiligenfiguren auf der Balustrade der Kathedrale sind bisher wieder hergestellt worden. An dem weltberühmten Zwinger wurde jahrelang gearbeitet, er ist in wesentlichen wieder restauriert worden. Die Frauenkirche, die vollständig zerstört wurde, wird nicht wieder hergestellt, sie soll als Mahnmahl hergerichtet werden. Als nächste Maßnahme zur Wiederherstellung historischer Bauten soll die Semper-Oper in Angriff genommen werden. Gegen weiteren Zerfall wurde sie gegen Witterungseinflüsse geschützt.

Der Rat der Stadt und die SED Dresden fühlen sich als Wahrer historischer Bauwerke. Bei der Behandlung dieser Themen in der Bundesrepublik sollte, auch wenn sie in bester Absicht geführt werden, Rücksicht genommen werden, weil sich hier bestimmte Empfindlichkeiten in den führenden Dresdner Kreisen herausgebildet haben.

* * *

Die landwirtschaftliche Erzeugung tierischer und pflanzlicher Produkte hat sich in den letzten vier Jahren von sechs Milliarden MDN auf zwölf Milliarden MDN erhöht. Seit 1962 konnte die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte insgesamt um 23 Prozent gesteigert werden. Die Steigerung ergab sich durch eine intensivere Bewirtschaftung der Felder. Die Erweiterung des Maschinenparks, verbesserte Düngung, die Auswahl von Zuchtsorten bei Tier und Pflanzen u.a. schufen die Voraussetzungen für die bessere Bewirtschaftung der Güter. Außer diesen technisch-wissenschaftlichen Verbesserungen wurde den in der Landwirtschaft Beschäftigten ein gewisser Anreiz für höhere Leistungen durch bessere Bezahlung, kulturelle Betreuung gegeben. Die Landwirtschaft, die bisher in ihrer Erzeugung und Bodennutzung mit an unterster Stelle der europäischen Landwirtschaften stand, hat die Leistungsdifferenz wesentlich verkleinern können.

+ + +

Raumplanung in Dänemark

Kreisfreie Städte soll es nicht mehr geben

ng - Der dänische Innenminister Haekkerup hat eine Kommunalgesetzgebungs-Kommission eingesetzt, die bis zu 1. April 1969 die neue dänische Kommunalreform konkret formulieren soll. Bis zum 1. April 1970 soll dann im nördlichen Königreich eine Neuordnung der Kommunalgrenzen vorgenommen werden.

Von außen gesehen handelt es sich hier um einen spröden verwaltungstechnischen Vorgang. Drängt man aber in die Problematik ein, so ergibt sich, daß es in Dänemark ab 1. April 1970 nur noch in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur ausgewogene Großgemeinden geben soll. Man wird in Dänemark keine kreisfreien Städte mehr haben. Das ist der wesentliche Aspekt der neuen Raumplanung.

Bislang besaßen die großen und mittleren Städte Dänemarks aufgrund vorsorglicher Landankäufe schon vielmehr Grundbesitz als die deutschen Städte. Es war im Norden einfacher, die Städte organisch in das flache Land hinauswachsen zu lassen. Die Städteplaner hatten da keine Sorgen. In der Bundesrepublik ist es oft so, daß um das Gebiet der kreisfreien Großstädte herum organisch damit verbunden noch eine Reihe neuer Mittelstädte liegen, die auf ganz anderen Grundlagen versorgt und deren Verwaltungszentren weit entfernt sind.

Dieser Entwicklung will man in Dänemark jetzt vorbeugen. Nach den jetzt vorliegenden Plänen sollen auf rund 350 Gemeinden künftig nur noch 700 werden. Durchweg will man zwei bis fünf Landgemeinden und dabei auch eine Kleinstadt zu Gemeinden zusammenfassen, die zwischen 5 000 und 6 000 Einwohner zählen. In diese Reform werden 80 Mittelstädte einbezogen.

Ferner ist daran gedacht, die dänischen Großstädte mit den umliegenden Dörfern zu Großgemeinden zu verschmelzen. Hier sind jedoch noch spezielle Untersuchungen für die sechs größten Städte Kopenhagen, Odense, Aalborg, Aarhus, Randers und Kalundborg vorgesehen.

Die dänische Gesetzgebung läßt schon jetzt die freiwillige Fusion zu. Bislang haben bereits 398 Gemeinden einen Zusammenschluß zu 118 Gemeinden vorgenommen, darunter 28 Kleinstädte. Die Erfahrungen, die dabei gemacht worden sind, haben den sozialdemokratischen Innenminister Haekkerup ermutigt, nun mit Hilfe der Kommunalgesetzgebungs-Kommission diesen Weg, der auf eine Neuordnung der Bodenverhältnisse und auf eine Steigerung der kommunalen Verwaltungsleistung hinausläuft, zu beschreiten.